



Arbeiterwohlfahrt

**Bezirksverband
Niederrhein e.V.**

Lützowstraße 32 · 45141 Essen

Telefon: 02 01 / 31 05 - 201

Telefax: 02 01 / 31 05 - 276

klaus.neubauer@awo-niederrhein.de

www.awo-nr.de

V.i.S.d.P.: Klaus Neubauer

Pressedienst

26. Februar 2008

AWO Niederrhein:

Böhmer weiß nicht, wovon er spricht!

Die Möglichkeit zu Schwangerschaftsabbrüchen bis zur 12. Woche habe in der DDR eine "leichtfertiger Einstellung zu werdendem Leben" hervorgerufen und sei in der Folge verantwortlich für die hohe Zahl an Kindstötungen in den neuen Bundesländern. Diese Argumentationskette von Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Böhmer zeugt nach Auffassung der AWO Niederrhein von einem hohen Maß an Unkenntnis und diffamiert nicht nur die Frauen in Ostdeutschland.

"Schon die geringste Erfahrung mit Schwangerschaftskonfliktberatung hätte Herrn Böhmer davon abgehalten, solchen Unsinn von sich zu geben!", sagt Petra Söchting, die Leiterin des AWO Beratungszentrums Lore-Agnes-Haus in Essen. "Wir beraten seit fast 25 Jahren Frauen mit Schwangerschaftskonflikten und wissen, dass ihnen die Entscheidung nicht leicht fällt, völlig unabhängig davon, wie hoch die gesetzlichen Hürden für einen Abbruch sind." Für völlig abwegig hält Diplom-Psychologin Söchting die von Böhmer konstruierte Verbindung zwischen der liberaleren Abtreibungsgesetzgebung der DDR und der Neigung von Frauen, die eigenen Kinder umzubringen. Allein die Zahlen belegen, dass ein liberales Abtreibungsrecht nicht wie von Herrn Böhmer unterstellt, dazu führt, dass Schwangerschaftsabbrüche in die Höhe schnellen, weil Frauen eine Abtreibung leichtfertig in Kauf nehmen und sie zu einer Methode der Familienplanung machen. So ist die Abtreibungsquote in den Niederlanden - trotz liberaler Rechtslage - eine der niedrigsten in Europa.

Auch Gunder Heimlich, Vorsitzender der AWO am Niederrhein, kritisiert die Äußerung von Sachsen-Anhalts Ministerpräsidenten. "Menschen, die in die Gesellschaft eingebunden sind und Rückhalt erfahren, die eine Zukunftsperspektive haben und sich nicht Tag für Tag um die Existenz ihrer Kinder sorgen müssen, sind weit weniger in Gefahr, in der Tötung ihrer eigenen Kinder den Ausweg aus ihren Problemen zu suchen! Politik der sozialen Kälte trägt wohl erheblich mehr dazu bei, die Tötungsquote von Kindern zu erhöhen als die gesetzliche Regelung von Abtreibungen", versichert Heimlich.

Die AWO am Niederrhein vermutet hinter den Äußerungen von Böhmer auch die Absicht, eine erneute Diskussion um eine Verschärfung des Paragraphen 218 loszutreten und kündigt an, gegen eine Einschränkung des Selbstbestimmungsrechts von Frauen mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln vorzugehen.

Weitere Informationen bei:

Petra Söchting, Telefon: 02 01 / 31 05 - 111, petra.soechting@awo-niederrhein.de